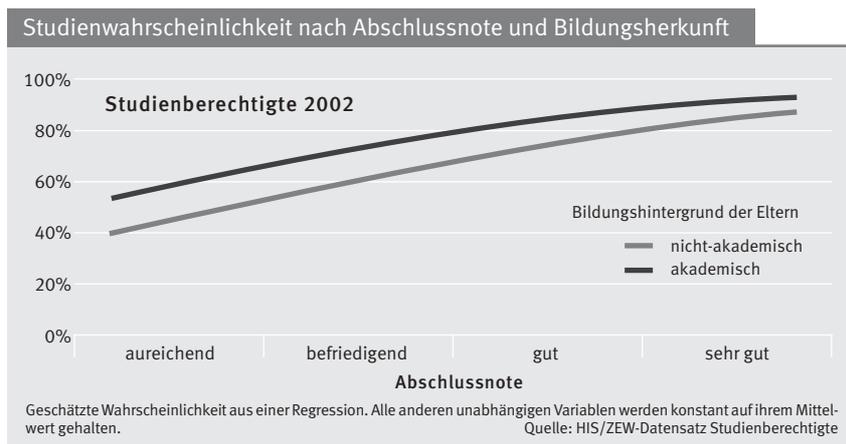


Bildungspotenziale besser nutzen

Ingenieure und Naturwissenschaftler bringen Qualifikationen mit, die in den Technologiebranchen die Unternehmen in die Lage versetzen, im internationalen Innovationswettbewerb mithalten zu können. Bedenklich ist, dass in Deutschland ein im internationalen Vergleich nur sehr kleiner Anteil eines Altersjahrgangs ein einsprechendes Studium absolviert. Wenn sich dies nicht ändert, wird der Fachkräftemangel die Unternehmen am Standort Deutschland in ihren Innovationsmöglichkeiten, und damit ihren Markterfolgen und Wachstumsmöglichkeiten, erheblich beschränken.



Eine Studie des ZEW in Kooperation mit der Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS) untersucht Faktoren und Hemmnisse für eine Studienaufnahme und für die Wahl eines ingenieurwissenschaftlichen Studiums, um Ansatzpunkte für die Politik zu identifizieren, Technikstudiengänge attraktiver zu machen. Die Analyse beruht auf einem Datensatz mit Informationen von rund 20.000 Studienberechtigten der Abschlussklassen 2002, 1994 und 1980 aus den HIS-Studienberechtigtenbefragungen.

Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Studienberechtigter tatsächlich ein Studium beginnt, hängt nicht nur von seinem Leistungsstand (gemessen durch seine durchschnittliche Abschlussnote) ab, sondern ganz wesentlich vom Bildungshintergrund der Eltern (Abbildung Seite

1), von der Art der besuchten Schule und vom Geschlecht. Bei ansonsten gleichen Bedingungen – insbesondere auch bei identischen schulischen Leistungen – nehmen Studienberechtigte ohne akademisch gebildete Eltern mit einer im Mittel zehn Prozent niedrigeren Wahrscheinlichkeit ein Studium auf als solche mit mindestens einem Akademiker als Elternteil. Durchschnittlich fünfzehn Prozent geringer als bei Absolventen von allgemeinbildenden Schulen ist bei ansonsten gleichen Bedingungen die Studierwahrscheinlichkeit bei Abgängern von beruflichen Schulen, und immerhin fast sechs Prozent geringer die der Frauen gegenüber der der Männer.

Studienberechtigte, die stark berufsorientiert sind (das heißt eine sichere berufliche Zukunft ist für sie wichtig),

nehmen unter sonst gleichen Bedingungen mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit ein Studium auf als die, für die dieses Motiv eine eher untergeordnete Bedeutung hat. Die Möglichkeit, über ein Hochschulstudium das individuelle Risiko, arbeitslos zu werden, deutlich zu senken, nehmen sie offensichtlich nicht wahr. Der bedeutendste Hemmnisfaktor bei der Aufnahme eines Studiums ist der Wunsch nach baldiger finanzieller Unabhängigkeit. Liegt der Ausbildungswahl dieses Motiv zugrunde, sinkt die Studierwahrscheinlichkeit drastisch.

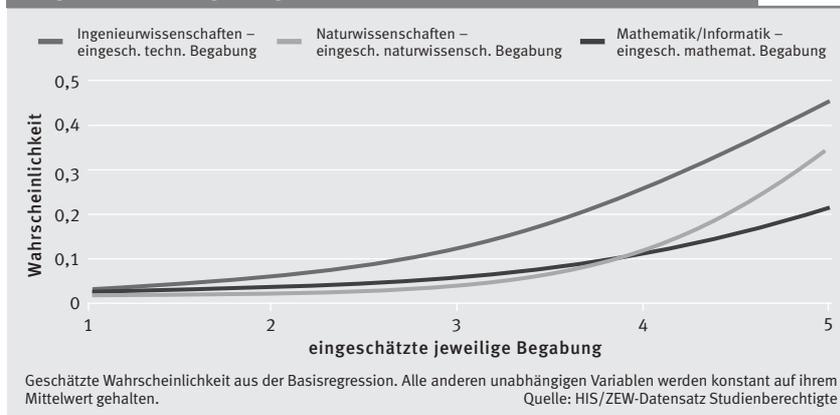
Ist die Entscheidung für ein Studium getroffen, dann wird die Wahl eines Studienfaches der Ingenieurwissenschaften wesentlich wahrscheinlicher, wenn sich die Studienberechtigten eine hohe technische Leistungsstärke bescheinigen (Abbildung Seite 2). Diese kann aber in der Schule nur selten erworben werden, da es ein Fach „Technik“ nicht gibt und technikbezogener Unterricht (etwa im Rahmen des naturwissenschaftlichen Unterrichts) nur selten stattfindet. Dies wirkt sich besonders negativ für die Wahlwahrscheinlichkeit von technischen Fächern aus, da der erfahrene Erfolg, beispielsweise im gewählten Leis-

IN DIESER AUSGABE

Bildungspotenziale besser nutzen	1
Dienstleister und IT-Sicherheit	2
Vermittlungsgutscheine leisten Beitrag zur Wiedereingliederung Arbeitsloser	3
Betriebliche Weiterbildung nutzt sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmern	4
Wirtschaftspolitik aus erster Hand	5
Neuerscheinungen, Termine	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Wahrscheinlichkeit der Wahl einer Fächergruppe bei verschiedenen eingeschätzten Begabungen



tungsfach, die Studienwahl stark beeinflusst. Studienberechtigte von beruflichen Schulen beginnen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit ein Ingenieurstudium, allerdings nimmt die Zahl der Schüler an beruflichen Schulen mit technischem Schwerpunkt nach wie vor ab.

Die Studie identifiziert drei Handlungsfelder, die mittel- bis langfristig die

Ingenieur-Absolventenzahlen erhöhen sollen:

- Erhöhung der allgemeinen Studierbereitschaft durch mehr und bessere Information über die deutlich besseren Berufschancen durch ein Studium und über die neuen Chancen durch modularisierte Studiengänge, einen erleichterten Hochschulzugang aus technischen Be-

rufen auch ohne Hochschulreife sowie durch Unterstützung der Studienfinanzierung insbesondere für Studienberechtigte aus bildungsfernen Schichten.

- Erhöhung der Bereitschaft, Ingenieurwissenschaften zu studieren, durch bessere Technikvermittlung in der Schule, vor allem durch die Einführung eines Fachs „Technik“, durch bessere Ausbildung und stetige Fortbildung der Lehrer hinsichtlich des Praxisbezugs des naturwissenschaftlichen und des Technikunterrichts, durch gezielte Motivation von Frauen sowie eine Förderung von Ingenieurstudiengängen durch reduzierte Studiengebühren oder höhere BAFöG-Sätze.

- Erhöhung der Studienerfolgsquote durch eine deutliche Verbesserung der Lehre im Grundstudium und gezieltere Auswahlverfahren.

Die Studie ist erschienen als Band 81 der ZEW-Wirtschaftsanalysen und eine Kurzfassung der Studie als ZEW-Dokumentation Nr. 06-02.

Jürgen Egel, egel@zew.de

Dienstleister und IT-Sicherheit

Schadprogramme aus dem Internet beeinträchtigen die Datensicherung von Unternehmen und das Funktionieren ihrer IT-Systeme. Die Mehrzahl der Unternehmen im Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft ist sich dieser Gefahren bewusst. Daher lassen sich drei von vier Unternehmen in Fragen der IT-Sicherheit von externer Seite beraten, und jedes dritte Unternehmen hat seine IT-Administration teilweise oder sogar komplett an externe Dienstleister ausgelagert. Dies zeigt eine Umfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das ZEW in Zusammenarbeit mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im März 2006 durchgeführt hat.

An der Umfrage beteiligten sich rund 1.000 Unternehmen. Der Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft setzt sich zusammen aus Informations- und Kommunikationstechnologie- (IKT-) Dienstleistern (Unternehmen der Branchen EDV-Dienste und -Vermietung, IKT-Fachhandel sowie Telekommunikationsdienste) und wissensintensiven Dienstleistern (Unternehmen der Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architekturbüros, technische Bera-

tung und Planung, Forschungs- und Entwicklung sowie Werbung).

Der Anteil der Unternehmen, die bei IT-Sicherheit externe Beratung in Anspruch nehmen, liegt in allen befragten Branchen bei mehr als 60 Prozent. In den Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, technische Beratung und Planung, Telekommunikationsdienstleistungen und Werbung lassen sich mehr als 90 Prozent der Unternehmen beraten. Am geringsten ist dieser Anteil in der Branche EDV-Dienstleistung und -Vermietung.

Das Outsourcing der IT-Administration ist in den Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, technische Beratung und Planung sowie Unternehmensberatung am weitesten verbreitet. Etwa 80 Prozent der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer sowie der technischen Berater und Planer lagern ihre IT-Administration teilweise oder komplett aus. Bei den Unternehmensberatern liegt der Anteil bei etwa 50 Prozent.

Schadprogramme aus dem Internet, wie Viren, Würmer und Trojaner, können Datenverlust verursachen oder das Betriebssystem so schädigen, dass es neu installiert werden muss. Fast alle Unternehmen setzen Antiviren-Programme ein, die die durch Schadprogramme verursachten Probleme erheblich reduzieren. Einen hundertprozentigen Schutz vor Befall bieten allerdings auch sie nicht.

Margit Vanberg, vanberg@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Vermittlungsgutscheine leisten Beitrag zur Wiedereingliederung Arbeitsloser

Seit dem 1. April 2002 haben Arbeitslose Anspruch auf einen Vermittlungsgutschein, mit dem sie einen privaten Arbeitsvermittler einschalten können. Ziel ist es, Arbeitslose zügiger in offene Stellen zu vermitteln. Das ZEW hat im Auftrag des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der Begleitforschung die Wirksamkeit dieser Vermittlungsgutscheine mit mikroökonomischen Methoden evaluiert. Die Studie deutet darauf hin, dass Vermittlungsgutscheine, die zwischen Mai 2003 und Juni 2004 ausgegeben wurden, einen positiven Beitrag zur Integration von Arbeitslosen in Beschäftigung geleistet haben. Allerdings profitierte nur ein geringer Anteil der Arbeitslosen von diesen Gutscheinen.

Die Studie (ZEW Discussion Paper No. 06-017) basiert auf umfangreichen Prozessdaten der Bundesagentur für Arbeit. Untersucht wurden die Selektivität der Nutzung, die direkten Wirkungen und die Wirtschaftlichkeit von Vermittlungsgutscheinen, die von Mai 2003 bis Juni 2004 ausgegeben wurden.

Der Verbreitungsgrad der Gutscheine und ihr Beitrag zur Vermittlung von Arbeitslosen in Beschäftigung sind bisher absolut gesehen eher gering. Lediglich an 20 Prozent der anspruchsberechtigten Arbeitslosen in Westdeutschland und an 37 Prozent der anspruchsberechtigten Arbeitslosen in Ostdeutschland wurde ein Gutschein ausgeteilt. Bei der Schätzung der Effekte wurde berücksichtigt, dass die Nutzung von Gutscheinen selektiv stattfindet. So gehören jüngere und besser ausgebildete Arbeitslose häufiger zu den Nutzern.

18.500 Arbeitslose ursächlich eingegliedert

Für die Bezieher hatte das Instrument im Durchschnitt eine positive Wirkung. Für etwa 5 von 100 Arbeitslosen, die einen Vermittlungsgutschein in Anspruch nahmen, war den Schätzungen zufolge der Gutschein die Ursache für die Aufnahme einer Beschäftigung („direkter Effekt“). Damit wurden mit den beispielsweise von Mai bis Dezember 2003 ausgegebenen über 350.000 Gutscheinen etwa 18.500 Arbeitslose ursächlich eingegliedert. Bei den übrigen 95 von

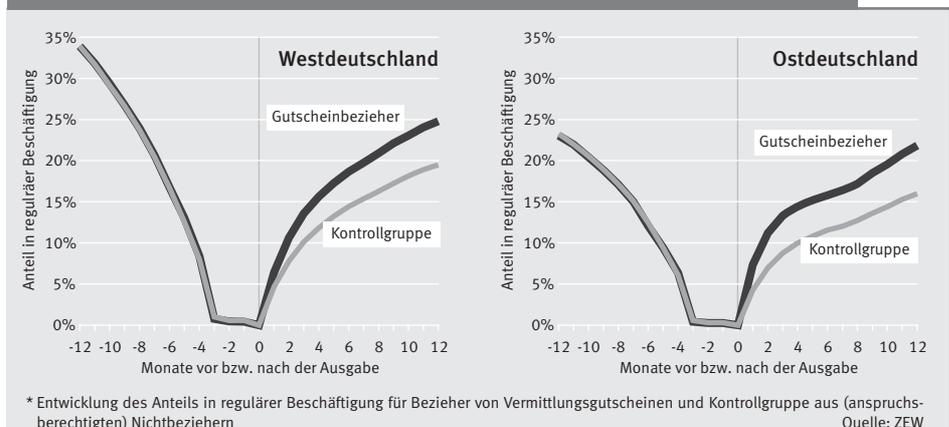
100 Arbeitslosen, die einen Gutschein in Anspruch nahmen, hatte der Vermittlungsgutschein keine Auswirkungen.

Neben den beschriebenen positiven Wirkungen in der Gruppe der Arbeitslosen, die einen Vermittlungsgutschein

penbildung. Im Fall der Vermittlungsgutscheine ist der geschätzte Nettonutzen positiv, wenn die unerwünschten Nebenwirkungen geringer sind als 70 Prozent. Dabei wurde einerseits geschätzt, welche Summe an Lohnersatzleistungen die Bundesagentur für Arbeit aufgrund der genannten Effekte des Vermittlungsgutscheins gespart und wie viel Steuern der Staat zusätzlich eingenommen hat. Dem wurden die Prämienzahlungen für die Gutscheine sowie der entstandene Verwaltungsaufwand gegenübergestellt.

Abschließend untersuchte das ZEW, wie Vermittlungsgutscheine im direkten Vergleich mit den Beauftragungen Dritter

Durchschnittliche direkte Effekte von Gutscheinen Mai bis Dezember 2003*



nutzten, gibt es empirische Hinweise für negative Wirkungen bei den Arbeitslosen, die keine Gutscheine in Anspruch nahmen. Dadurch, dass einige Arbeitslose mit dem Gutschein schneller wieder in Beschäftigung kamen, dauerte die Wiedereingliederung für Arbeitslose, die die Vermittlungsgutscheine nicht nutzten, länger. Solche Nebenwirkungen von Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik lassen sich nicht ausschließen. Bislang hat sich die Wissenschaft mit dem empirischen Nachweis schwer getan.

Die Schätzung von Kosten und Nutzen der Vermittlungsgutscheine basiert auf der ökonomischen Kontrollgrup-

für die gesamte Vermittlung abschnitten. Beauftragungen Dritter sind neben den Vermittlungsgutscheinen eine weitere Maßnahme, die die Bundesregierung zur Verbesserung der Effizienz der öffentlichen Vermittlung von Arbeitslosen in Beschäftigung eingeführt hat. Der direkte Vergleich beschränkt sich auf die Gruppe derjenigen Arbeitslosen, die beide Instrumente nutzen können. Die empirischen Schätzungen legen die Vermutung nahe, dass der Vermittlungsgutschein immer die bessere Wahl gewesen wäre.

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de
Henrik Winterhager, winterhager@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Betriebliche Weiterbildung nutzt sowohl Arbeitgebern als auch Arbeitnehmern

Betriebe investieren in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter, um die Produktivität zu steigern. Mitarbeiter wiederum erhoffen sich von der Teilnahme an Weiterbildung unter anderem einen höheren Lohn. In einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekt hat das ZEW den Effekt von Weiterbildung auf Lohn und Bruttowertschöpfung untersucht. Die empirische Analyse gibt Aufschluss über die Verteilung der Weiterbildungsrendite und beantwortet die Frage, wer von Weiterbildung profitiert.



Weiterbildung wirkt sich auf Lohn und Produktivität unterschiedlich aus. In einer neuen ZEW-Studie (ZEW Discussion Paper No. 06-025) werden Lohn- und Bruttowertschöpfungseffekte von Weiterbildung auf Branchenebene geschätzt und verglichen, um zu analysieren, wie die Rendite verteilt wird und wer von dieser Investition in Humankapital profitiert. Die Analyse beinhaltet Wissenstransfers zwischen Mitarbeitern und Firmen und ermöglicht somit zu schätzen, welche Rolle externe Effekte von Weiterbildung spielen.

Bislang wurden für Deutschland nur separat die Auswirkungen berechnet, die Weiterbildung für Individuen und Firmen hat. In der ZEW-Studie wird erstmals abgeschätzt, ob die Auswirkung auf die gesamte Branche größer ist als die Summe dieser einzelnen Effekte. Die Paneldatenstruktur der ZEW-Analyse erlaubt, die Lohn- und Produktivitätseffekte mit so genannten System-GMM-Schätzern zu berechnen, die sowohl für zeitkonstante unbeobachtete Faktoren

kontrollieren als auch die Endogenität von Weiterbildung berücksichtigen.

Die ZEW-Studie zeigt, dass sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Weiterbildungsrendite teilen, und dass im Durchschnitt beide profitieren. Die Auswirkungen auf die Produktivität sind stärker als die auf den Lohn und dauern länger an, während der Effekt auf das Lohnniveau ein einmaliger Effekt ist.

Kein Lohnaufschlag für Niedrigqualifizierte

Weiterhin zeigt sich, dass es Unterschiede zwischen hoch und niedrig qualifizierten Arbeitnehmern gibt. Die Weiterbildungsteilnahme Niedrigqualifizierter führt zu keinem Lohnaufschlag für diese Gruppe, jedoch zu höherer Produktivität. Anders verhält es sich für Hochqualifizierte: Bei ihnen führt die Teilnahme an Weiterbildung zu einem Lohnaufschlag, und obwohl die Produktivität des einzelnen aufgrund der Weiterbildung steigen kann, beeinflusst dies

nicht signifikant die Bruttowertschöpfung der Branche. Dieser Null-Effekt auf die Bruttowertschöpfung auf Branchenebene kann zum einen damit zusammenhängen, dass die Gruppe der Hochqualifizierten sehr klein ist und somit ihre erhöhte Produktivität keinen signifikanten Einfluss auf die Bruttowertschöpfung einer Branche hat. Hinzu kommt, dass Hochqualifizierte häufig an relativ teurer Weiterbildung teilnehmen und die Firma die Kosten trägt.

Es gibt verschiedene Gründe dafür, dass Hochqualifizierte stärker von Weiterbildung profitieren, indem sie einen höheren Lohnaufschlag erhalten. Erstens könnten sie lernfähiger sein und einen höheren Produktivitätseffekt von Weiterbildung haben, welcher entsprechend entlohnt wird. Zweitens könnte die Verhandlungsmacht Hochqualifizierter größer sein als die Niedrigqualifizierter, so dass sie deshalb einen größeren Teil der Weiterbildungsrendite erhalten. Drittens nehmen Hochqualifizierte häufiger an so genannter allgemeiner Weiterbildung teil, die zu einem höheren Lohnaufschlag führt als so genannte firmenspezifische Weiterbildung, an der häufiger Niedrigqualifizierte teilnehmen.

Des Weiteren wurde in der Studie die soziale Rendite von Weiterbildung berechnet. Die Studie deutet auf positive externe Effekte auf Branchenebene hin. Das heißt Firmen, die in der gleichen Branche tätig sind, lernen miteinander oder kopieren Wissen. Zusätzlich kann der Wissenstransfer auch durch Jobwechsler geschehen, die an Weiterbildung teilgenommen haben. Somit profitieren nicht nur Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines Unternehmens von betrieblicher Weiterbildung, sondern es gibt darüber hinaus positive externe Effekte auf Branchenebene, die die öffentliche Förderung betrieblicher Weiterbildung rechtfertigen.

Anja Kuckulenz, kuckulenz@zew.de

Die „neue“ Deutsche Bahn AG

In der Vortragsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ begrüßte ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz am 24. April 2006 den Vorsitzenden des Vorstands der Deutschen Bahn AG, Hartmut Mehdorn, als Redner. Mit rund 250 Teilnehmern stieß der Vortrag über „Die neue Deutsche Bahn AG: Mobility, Networks, Logistics“ auf großes Interesse.

Gleich zu Beginn seines Vortrags wies Mehdorn darauf hin, dass die Deutsche Bahn AG seit ihrer Privatisierung im Jahr 1994 einen tiefgreifenden Umstrukturierungsprozess zu absolvieren hatte. „Da der Staat nicht mehr länger bereit war, Jahr für Jahr die enormen Defizite der Behörden Deutsche Bundesbahn und Deutsche Reichsbahn zu tragen, mussten diese zu einem eigenwirtschaftlich agierenden Unternehmen entwickelt werden.“ Dazu sei es erforderlich gewesen, das Unternehmen völlig neu aufzustellen und durch einen harten, aber für die Mitarbeiter sozialverträglichen Sanierungskurs für den Wettbewerb fit zu machen. Zu diesem Zweck habe die Bahn auch erheblich investiert: 90 Milliarden Euro von 1994 bis 2005, davon 38,5 Milliarden Eigenmittel. So seien die ICE-Züge heute bereits mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 160 km/h in Deutschland unterwegs. „Das beschert uns auf den neu errichteten oder ausgebauten ICE-Strecken einen jährlichen Zuwachs bei den Fahrgastzahlen um zehn bis fünfzehn Prozent“, sagte Mehdorn.

Aber nicht nur im Fernverkehr könne sein Unternehmen punkten, meinte der Bahnchef. Vielmehr habe die Bahn auch insgesamt noch nie so viele Personen und so viel Fracht befördert wie im vergangenen Jahr. Eine wesentliche Voraussetzung für diese positive Entwicklung sowohl im Personen- als auch im Gütertransport sei die Strategie, den Kunden ein „Angebot aus einer Hand“ zur Verfügung zu stellen. So habe die Bahn beispielsweise das Serviceangebot ihrer Internetplattform stark ausgebaut, den Erwerb von Tickets durch die

Möglichkeit des „online“-Ausdrucks für Kunden vereinfacht, mit dem City-Ticket einen Weg geschaffen, mit dem Bahnfahrtschein vor Ort auch die Straßenbahnen und Busse zu nutzen, und die Möglichkeit eröffnet, Bahnfahrtschein und Flugticket zu kombinieren.

Transport- und Logistikdienstleister

Auch beim Gütertransport sei die Bahn neue Wege gegangen und habe sich vom reinen Gütertransporteur zum zweitgrößten Transport- und Logistikdienstleister weltweit entwickelt. Auf Wunsch ihrer Kunden verpacke und konfektioniere sie deren Produkte vor Ort und transportiere sie in die ganze Welt.

sche Bahn erstmals schwarze Zahlen geschrieben, und im Jahr 2005 habe der Gewinn bei rund 500 Millionen Euro gelegen. Mehdorn gab sich daher davon überzeugt, dass bis 2007 die Kapitalmarktfähigkeit der Bahn erreicht sein werde. Dazu sei es aber wichtig, die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens weiter zu stärken.

Wettbewerbsverzerrungen beseitigen

Ohne Zweifel sei die Deutsche Bahn bereits heute das leistungsfähigste Bahnunternehmen in Europa. Damit sie allerdings diese Stärke richtig ausspielen könne, sei es erforderlich, Wettbe-



Hartmut Mehdorn, Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Bahn AG, bei seinem Vortrag am ZEW.

„Dabei arbeiten wir nicht nur auf der Schiene, sondern besitzen mit Schenker auch die Nummer eins im europäischen LKW-Landverkehr“, erklärte Mehdorn. Vor dem Hintergrund dieses breit gefächerten Angebots des Unternehmens wundere es nicht, dass mittlerweile bereits die Hälfte des Umsatzes der Bahn aus dem Non-Rail-Geschäft stammt.

Im Jahr 2005, so Mehdorn, habe die Bahn mit ihren derzeit 240.000 Mitarbeitern, von denen 45.000 im Ausland tätig sind, zum fünften Mal in Folge Umsatz, Effizienz und Wirtschaftlichkeit gesteigert, und das, obwohl mittlerweile zahlreiche in- und ausländische Wettbewerber mit ihr am deutschen Markt konkurrierten. Im Jahr 2004 habe die Deut-

werbsverzerrungen zu beseitigen. Solange fast alle anderen Bahnen in Europa aus staatlich geschützten Heimatmärkten heraus agierten und der Luftverkehr im Vergleich zur Bahn steuerlich kaum belastet würde, gebe es im europäischen Verkehrsmarkt keine Konkurrenz auf gleicher Augenhöhe. Hier sei es die Aufgabe der Politik, für eine Gleichstellung der europäischen Bahnen, aber auch für eine Gleichbehandlung der Verkehrsträger zu sorgen. „Die derzeitige Ungleichbehandlung macht uns aber auch fit“, sagte Mehdorn selbstbewusst, „denn wenn in Zukunft einmal der staatliche Schutz für die anderen Bahnen fällt, dann sind wir bestens gerüstet.“

Gunter Grittmann, grittmann@zew.de

TERMIN

ZEW Wirtschaftsforum 2006

am Freitag, 23. Juni 2006, 10:00 bis 17:00 Uhr, ZEW

Globalisierung, europäische Integration, Arbeitsmarkt, Demographie und soziale Sicherung stellen die Wirtschaftspolitik in Deutschland vor große Herausforderungen. Das jährliche Wirtschaftsforum des ZEW bietet Unternehmern, Politikern und Wissenschaftlern einen Tag lang Gelegenheit zur engagierten und anregenden Auseinandersetzung mit diesen Themen außerhalb des regulären Arbeitsalltags.

Bereits zum achten Mal greift das ZEW Wirtschaftsforum in diesem Jahr die aktuelle Diskussion über die richtige Weichenstellung auf unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Gebieten auf. Ausgewiesene Experten tragen hierzu differenzierte Analysen vor, formulieren Lösungsvorschläge und diskutieren miteinander und mit den Teilnehmern, welchen Weg die deutsche Wirtschaftspolitik einschlagen muss, damit Deutschland auch in Zukunft einen Platz unter den führenden Industrie- und Wohlstandsnationen einnimmt.

Den Auftakt des ZEW Wirtschaftsforums 2006 bildet eine Podiumsdiskussion zum Thema „Europa – orientierungslos?“, an der Dr. Klaus Regling (EU-Kommission), Erwin Teufel (ehemaliger Ministerpräsident Baden-Württembergs) und Prof. Axel Börsch-Supan, Ph.D. (Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA)) beteiligt sind und das ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz moderiert. Es folgen das „Wachstums- und Konjunkturforum“ mit Dr. Ulrich Kater (DekaBank) und Dr. Michael Schröder (ZEW) sowie „Wissenschaft für die Praxis“, bei dem Wissenschaftler des ZEW neue Forschungsergebnisse vorstellen. Den Abschluss der Veranstaltung bildet ein Vortrag von Bundesbankpräsident Prof. Dr. Axel A. Weber zum Thema „Aktuelle Fragen der Geldpolitik“.

Die Teilnahme am ZEW Wirtschaftsforum 2006 ist nur auf Einladung möglich.

Information: Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, E-Mail grittmann@zew.de



ZEW ECONOMIC STUDIES

Matthias Meitner

The Market Approach to Comparable Company Valuation

Bei der Unternehmensbewertung zählen Multiplikatorverfahren zu den am weitesten verbreiteten Bewertungsansätzen. In diesem Buch werden die verschiedenen Anforderungen dieses Ansatzes diskutiert, wie beispielsweise die Auswahl von Vergleichsunternehmen oder die Wahl der Bezugsgrößen. Darauf aufbauend werden die Voraussetzungen einer fundierten Bewertung beschrieben (beispielsweise der Effizienzgrad des Aktienmarkts). Darüber hinaus wird aufgezeigt, inwiefern die wirtschaftliche Lage der Branche und/oder des Unternehmens die Wahl geeigneter Bezugsgrößen beeinflusst. Die Argumentation schließt mit einer Einschätzung der Rolle von Multifaktorenmodellen im Kanon gängiger Bewertungsansätze. Der Autor wahrt bei uneingeschränkter formaler Exaktheit stets die Praxisrelevanz und bringt konkrete Lösungen für charakteristische Bewertungsprobleme ein.

ZEW Economic Studies, Volume 35, Physica Verlag, Heidelberg/New York, 2006, ISBN 3-7908-1722-8 (in englischer Sprache)

ZEW DISCUSSION PAPERS

No. 06-024, Anja Kuckulenz: Continuing Vocational Training in Germany – A Comparative Study Using 3 German Data Sets.

No. 06-025, Anja Kuckulenz: Wage and Productivity Effect of Continuing Training in Germany: A Sectoral Analysis.

No. 06-026, Henrik Winterhager: Private Job Placement Services – A Microeconomic Evaluation for Germany.

No. 06-027, Andreas Ammermüller, Jörn-Steffen Pischke: Peer Effects in European Primary Schools: Evidence from PIRLS.

No. 06-028, Helmut Fryges: The Export-Growth Relationship: Estimating a Dose-Response Function.

No. 06-029, Wolfgang Sofka: Innovation Activities Abroad and the Effects of Liability of Foreignness: Where it Hurts.

No. 06-030, Stefan Boeters, Christoph Böhringer, Thiess Büttner, Margit Kraus: Economic Effects of VAT Reform in Germany.

No. 06-031, Karsten Kohn: Rising Wage Dispersion, After All! The German Wage Structure at the Turn of the Century.

No. 06-032, Joachim Grammig, Andreas Schrimpf: Consumption-Based Asset Pricing with a Reference Level: New Evidence from the Cross-Section of Stock Returns.

No. 06-033, Dirk Czarnitzki, Kornelius Kraft: R&D and Firm Performance in a Transition Economy.

No. 06-034, Andreas Ammermüller, Anja Kuckulenz, Thomas Zwick: Aggregate Unemployment Decreases Individual Returns to Education.

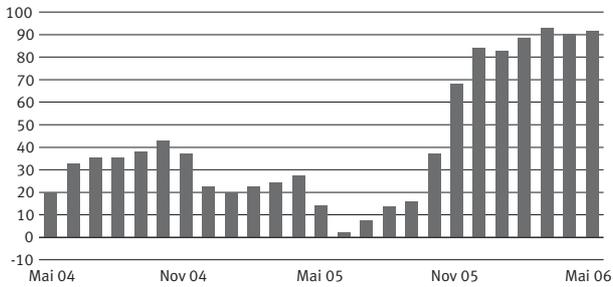
ZEW DOKUMENTATIONEN

Nr. 06-01, Michael Gebel: Monitoring und Benchmarking bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Nr. 06-02, Christoph Heine, Jürgen Egeln, Christian Kerst, Elisabeth Müller, Sang-Min Park: Bestimmungsgründe für die Wahl von ingenieur- und naturwissenschaftlichen Studiengängen. Ausgewählte Ergebnisse einer Schwerpunktstudie im Rahmen der Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Mai

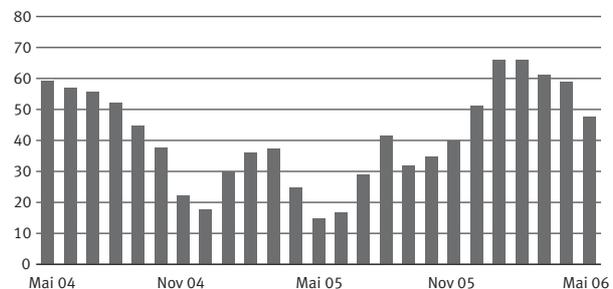


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Nächster Zinsschritt absehbar

Die Finanzmarktexperten bekräftigen ihre Zinserhöhungserwartungen; der entsprechende Indikator steigt im Mai um 1,2 auf 91,5 Punkte. Ein gestiegener Ölpreis und eine reichliche Liquiditätsausstattung im Euroraum signalisieren, dass mit steigendem Inflationsdruck zu rechnen ist. Die EZB schenkt diesen Entwicklungen große Beachtung und hat die Märkte auf die nächste Zinserhöhung im Juni vorbereitet. Dies lässt sich unter anderem an der von ihr verwendeten Formulierung der „großen Wachsamkeit“ hinsichtlich der Inflationsrisiken ablesen.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



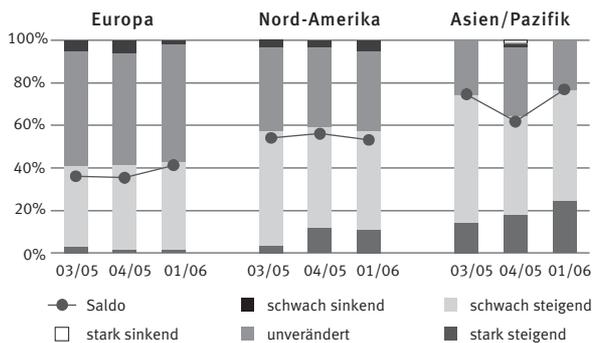
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Euroraum: Konjunkturerwartungen trüben sich ein

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für den Euroraum sind im Mai deutlich um 11,0 Punkte gesunken. Der Saldo aus Optimisten und Pessimisten bezüglich der konjunkturellen Lage in sechs Monaten liegt nun bei +47,7 Punkten. Zum einen könnte der private Verbrauch durch den gestiegenen Ölpreis und die Zinserhöhungspolitik der EZB beeinträchtigt werden. Daneben verteuert die Aufwertung des Euros zum US-Dollar die Exportgüter der Eurozone. Eine Umkehr der Aufwertungstendenz ist aufgrund der erwarteten Zinserhöhungen wenig wahrscheinlich.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Luftfrachtverkehr Richtung Asien und Pazifik bleibt ein Wachstumsmarkt

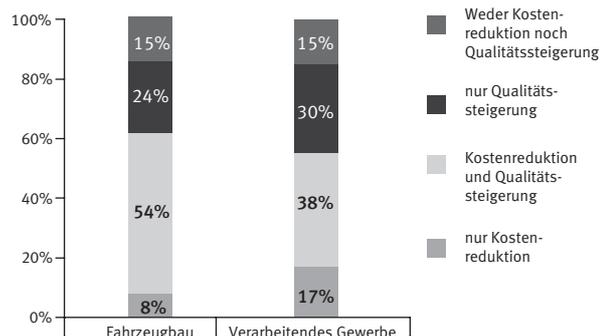


Quelle: ZEW

Der Luftfrachtverkehr mit dem Asien-Pazifik-Raum bleibt ein Wachstumsmarkt, so die Experten des Transportmarkt-Barometers von ProgTrans/ZEW. In der aktuellen Erhebung rechnen rund 25 Prozent der Befragten mit einer Steigerung des Luftfrachtaufkommens von mehr als 5 Prozent und weitere gut 50 Prozent mit einem schwachen Anstieg. Gegenüber dem vierten Quartal 2005 ist somit der Anteil der Experten, die von steigendem Luftfrachtaufkommen Richtung Asien und Pazifik ausgehen, um mehr als 10 Prozent gestiegen. Dagegen rechnen im Europaverkehr derzeit 55 Prozent mit unverändertem Luftfrachtaufkommen.

Victoria Alexeeva-Talebi, alexeeva-talebi@zew.de

Fahrzeugbau: Prozessinnovationen führen zu Qualitätssteigerungen und Kostensenkungen



Quelle: ZEW

Im Fahrzeugbau haben im Jahr 2004 43 Prozent der Unternehmen Prozessinnovationen eingeführt. Bei mehr als drei Viertel dieser Prozessinnovatoren (78 Prozent) hat sich die Qualität der von ihnen angebotenen Produkte infolge der Prozessinnovationen verbessert. Weiterhin haben 62 Prozent der Prozessinnovatoren eine Kostensenkung bewirkt. Die hohe Qualitätsorientierung mit gleichzeitiger Kostensenkung durch Prozessinnovationen spiegelt den harten Preis- und Qualitätswettbewerb in der deutschen Fahrzeugbaubranche wider, der durch die anhaltende Konjunkturschwäche noch verschärft wird.

Heide Löhlein, loehlein@zew.de

STANDPUNKT



Karl Valentin

Hatte seinerzeit der Münchner Volkskomiker Karl Valentin (1882 bis 1948) Recht, als er resignierend konstatiert haben soll: „Früher war sogar die Zukunft besser“? Die Steuerbürger hierzulande werden dem angesichts

der Perspektiven wohl beipflichten. Angesagt sind nämlich eine kräftige Erhöhung der Umsatz- und Versicherungssteuer, die Einführung eines Steuerzuschlags auf Höchstinkommen sowie die Reduzierung einer Reihe von Steuervergünstigungen, wie etwa die Streichung der Pendlerpauschale für die ersten 20 Entfernungskilometer, die Senkung des Sparerfreibetrags und die zeitliche Einschränkung des Bezugs von Kindergeld. Bevor aber der Volkszorn überkocht – „Seid ihr denn total besteuert?“ –, sind einige differenzierende Überlegungen angebracht.

Eine Erhöhung der Umsatzsteuer lediglich zum Stopfen laufender Haushaltslöcher ist strikt abzulehnen. Hingegen ist ein Mittelbedarf, der zur Finanzierung gewichtiger Reformvorhaben im Bereich der Unternehmensbesteuerung und der Systeme der sozialen Sicherung erforderlich ist, realistischerweise nicht allein über Ausgabenkürzungen und den Abbau von Steuervergünstigungen aufzubringen, sondern teilweise auch über zusätzliche Umsatzsteuereinnahmen. In diesem Sinne hat sich der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem jüngsten Jahresgutachten geäußert: „Eine Anhebung des Normalsatzes der Umsatzsteuer zur Konsolidierungszwecken wird abgelehnt“ – klarer geht es nun wirklich nicht. Anstatt nun das Konsolidierungstempo zu beschleunigen, sattelt die Bundesregierung mit Programmen zweifelhaften Wertes drauf, wie etwa ein Elterngeld selbst für Wohlhabende oder die Absetzbarkeit bestimmter Handwerkerrechnungen, eine Maßnahme, bei der die Mitnahmeeffekte umfangreich sein dürften. Dagegen mag die mit der Umsatzsteuererhöhung ermöglichte teilweise Umfinanzierung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung in die richtige Richtung gehen, weil die Personalzusatzkosten bei den Unternehmen sinken. Allerdings sollte man sich vor allzu euphorischen Einschätzungen über mögliche Arbeitsplatzgewinne hüten. Außerdem besteht die Gefahr, dass mit zunehmender Steuerfinan-

zierung anstelle von arbeitnehmer- und arbeitgeberseitigen Beiträgen die Spürbarkeit der diesbezüglichen Kosten und damit das Bedürfnis nach Kontrolle des Ausgabegebarens zurückgehen kann.

Völlig abwegig ist dagegen die „Reichensteuer“. Der Name sagt schon alles: Es ist ein Programm zur Beruhigung einschlägiger Zirkel, die seit dem Untergang des Sozialismus eigentlich überholt geglaubte Klassenkampfparolen hegen und pflegen. Da gewerbliche Einkünfte von dem Steuerzuschlag ausgenommen werden sollen, sind diesbezügliche Auseinandersetzungen mit Finanzämtern und vor Finanzgerichten vorprogrammiert. Hinzu kommen Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit dieser Steuer. Man darf gespannt sein, ob der Bundespräsident das entsprechende Gesetz überhaupt unterschreibt.

Anders verhält es sich schließlich mit dem Abbau von Steuervergünstigungen, sofern diese ungerechtfertigt sind. Hier hätte die Bundesregierung einen größeren Wurf wagen sollen, indem sie beispielsweise die Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- oder Nacharbeit sukzessive abbaut. Dies erbringt im Endeffekt eine Einsparung von rund 1,8 Milliarden Euro. Der Lohnpolitik und nicht der Steuerpolitik kommt die Aufgabe zu, eine Differenzierung der Arbeitsentgelte nach Arbeiterschwernis vorzunehmen. Die Entfernungspauschale sollte letztlich ebenfalls gestrichen werden, denn sie bestraft Arbeitnehmer, die in der Nähe ihres Arbeitsplatzes in der Stadt möglicherweise zu teureren Mieten wohnen, die sie indes steuerlich nicht geltend machen können. Der Sparerfreibetrag sollte ebenfalls gänzlich zur Disposition gestellt werden, denn es ist steuersystematisch nicht einzusehen, wieso eine spezielle Einkunftsart mit einem besonderen Freibetrag bevorzugt wird.

Aber vielleicht trifft auf den Reformeifer einzelner Mitglieder der Bundesregierung ein anderes Zitat von Karl Valentin zu: „Mögen hätt' ich schon wollen, aber dürfen hab' ich mich nicht getraut.“

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2006